

# Schwerpunkt Dritter Sitzungstag im September-Landtag

## Aus der Interpellation

### Fakten zur doppelten Staatsbürgerschaft und Einbürgerungen

- Die Abgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft ist in Liechtenstein Voraussetzung für eine Einbürgerung. Die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft erlaubt Liechtenstein nur dann, wenn Kinder aus binationalen Ehen über ihre Eltern von Gesetzes wegen zwei Staatsbürgerschaften erhalten.
- Jeder vierte Liechtensteiner hat gemäss Volkszählung 2015 eine doppelte Staatsbürgerschaft.
- Die Mehrzahl der einbürgerungswilligen Personen beantragt die liechtensteinische Staatsbürgerschaft meistens kurz nach der gesetzlichen Wartezeit. Dabei handelt es sich insbesondere um jüngere Personen, die von der erleichterten Einbürgerung Gebrauch machen.
- Per Ende März 2018 wohnten 2394 Ausländer seit mehr als 30 Jahren in Liechtenstein. Die sogenannten «Alteingesessenen» könnten sich infolge längerfristigem Wohnsitz einbürgern lassen.
- Würden sich all diese Alteingesessenen auf einen Schlag einbürgern lassen, würde der Ausländeranteil von 33,9 Prozent (Stand: Ende 2017) auf 27,7 Prozent sinken. Mit den 538 Ausländern, bei denen die Jahre bis zum 20. Lebensjahr doppelt gezählt werden, würde der Ausländeranteil auf 26,3 Prozent fallen. Zählt man auch noch jene dazu, die sich infolge Eheschliessung einbürgern lassen könnten, wären das 5029 potenziell einbürgerungsberechtigte Personen. In diesem Falle läge der Ausländeranteil nur mehr bei 20,8 Prozent.
- Von den 7688 Einbürgerungen von im Inland wohnhaften Personen seit 1971 erfolgten 2117 oder 27,5 Prozent im erleichterten Verfahren infolge längerfristigem Wohnsitz.
- Nach Schweizern (568) und Österreichern (408) liessen sich vor allem Türken (377) von 2002 bis 2016 infolge längerfristigem Wohnsitz einbürgern. Während sich von den in Liechtenstein lebenden Schweizern allerdings nur 16 Prozent und von den Österreichern nur 19 Prozent auf diese Art einbürgern liessen, machten 59 Prozent der im Fürstentum wohnhaften Türken von dieser Möglichkeit Gebrauch. Die Regierung begründet dies damit, dass Türken als Angehörige eines Drittstaates in vielen Bereichen in Liechtenstein restriktiveren Regelungen unterworfen seien als Schweizer, EU- oder EWR-Bürger.
- Im ordentlichen Verfahren, also durch Abstammung, wurden seit 1971 dagegen nur 8,4 Prozent beziehungsweise 649 im Inland wohnhafte Ausländer eingebürgert. (df)

# Ein oder zwei Herzen in der Brust?

**Voten** Die Meinungen zur doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerungen sind gemacht. Die Betrachtungsweisen in der Bevölkerung und bei den Abgeordneten gehen weit auseinander - auch innerhalb der Parteigrenzen der FBP und der VU.

VON HANNES MATT

So betonte Landtagspräsident Albert Frick in der über drei Stunden dauernden Diskussion nochmals die Wichtigkeit einer Volksabstimmung, die vom Landtag und nicht etwa von einem Referendum ausgehen sollte. Seine Einschätzung: Zustimmung und Ablehnung der Vorlage bewegt sich in der Bevölkerung nahe von «50/50». Regierungsrätin Dominique Gantenbein liess sich wohl deshalb weder auf die eine noch die andere Seite ziehen. Sie sagte, dass beide Lager gute Argumente vorweisen könnten, die allesamt ihre Berechtigung hätten.

### Entschiedenheit und Loyalität

Auf der einen Seite wird der Verzicht hochgehalten. «Nach meinem Verständnis ist eine Einbürgerung nicht einfach eine bürokratische Angelegenheit auf dem Papier, für die man sich je nach Vorteilslage entscheidet oder gar zusätzlich entscheidet», erklärte der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler. «Von Einbürgerungswilligen darf - ja muss - erwartet werden können, dass sie sich unmissverständlich mit unserem Gemeinwesen identifizieren und unmissverständlich in dieses integrieren wollen.» Heute



Landtagspräsident Albert Frick sprach sich für eine Volksabstimmung aus - und zwar vom Landtag initiiert und nicht über ein Referendum. (Foto: MZ)

stelle der Verzicht in vielen Fällen noch die einzige wesentliche Hürde für eine Einbürgerung dar und ist damit oft der einzig wesentliche Ernsthaftigkeitstest bzw. Test für die tatsächliche Entschiedenheit des Einbürgerungswilligen. So ist für Hasler klar: Ohne etwa erhöhte Anforderungen an die Deutschkenntnisse oder eine wesentlich erweiterte «Staatskundeprüfung» wird er der Vorlage an der zweiten Lesung nicht zustimmen. Günter Vogt (VU) argumentierte in die gleiche Richtung und verwies auf die Schweiz, die zwar keinen Verzicht - dafür aber die vielzitierte «Schweizermacher»-Hürde hätte. Zudem erwähnte er die Dis-

kussionen in den Nachbarländern, wo momentan sogar über eine Verschärfung der Bürgerrechte debattiert wird: Sei es nun die «Doppel-Länder-Diskussion in der Schweiz» oder «deutsch-türkische Doppelbürger, die sich dem autoritären Erdogan-Regime näherfühlen, als dem demokratisch-rechtstaatlichen Deutschland». So erachtete Vogt die Beibehaltung des Verzichts mit Blick auf die Loyalität der Bürger wie Hasler für richtig: «In einer Brust kann schliesslich nur ein Herz schlagen.»

### Mitgestaltung als Chance

Dies sahen Parteikollegen von Hasler und Vogt ganz anders. So sprach

sich etwa Violanda Lanter-Koller (VU) für eine Öffnung aus. Sie nannte ebenfalls die emotionalen Diskussionen in der Schweiz und Deutschland: «Wir müssen uns aber davor hüten, diese negativen Verhaltensbeispiele von Doppelbürgern aus der Welt des Sports, die mehr oder weniger das ganze Jahr auf Reisen sind, für unsere Argumentation zu importieren - und Ängste zu schüren, die mit unseren Gegebenheiten und unserer Realität nicht viel zu tun haben.» Tatsache sei, dass sich hierzu viele Menschen einbürgern lassen wollen, die unter uns leben, in Vereinen sind, hier arbeiten sowie ihre Kinder grossziehen - und mehrheitlich aus der Schweiz und Österreich kommen würden. Dem schloss sich Susanne Eberle-Strub (FBP) gerne an: «Integration hängt für mich nicht nur mit der Abgabe eines Passes zusammen. Aus meiner Sicht geniessen ausländische Einwohnerinnen und Einwohner bei uns in fast allen Lebensbereichen eine Gleichbehandlung. Nur eine politische Mitarbeit ist nicht möglich. Durch die doppelte Staatsbürgerschaft könnten weitere Personen für die politische Mitgestaltung des Landes gewonnen werden, was ich auch als Chance sehe.»

### Während der Debatte aufgeschnappt



«Stolz sein heisst (...): Als ich in der U16 beim 0:7 drei Minuten vor Schluss eingewechselt wurde und das Spiel noch reissen wollte.»

MARIO WOHLWEND (VU)



«Wollen wir nur Leute mit 1,80 Meter; hell oder dunkel; aus dem Süden oder Norden? Für mich hat das einen Anstrich von Rassismus.»

HARRY QUADERER (DU)



«Die Sprache ist nach der Liebe die wichtigste Integrationsvoraussetzung.»

THOMAS LAGEDER (FL)



«Das Niveau der Staatskundeprüfung ist deutlich zu tief (...) und sollte mindestens einer Führerscheinprüfung entsprechen.»

ELFRIED HASLER (FBP)



«Weil es so selten vorkommt, möchte ich die Chance nicht verpassen, Ihnen für Ihr Votum zu danken, Harry Quaderer.»

WOLFGANG MARXER (FL)

### Kleine Anfragen

# Lohn der Ärztekammerpräsidentin auch für die Sozialwerke relevant

**Verfahren** Die Steuerverwaltung und die Ärztekammerpräsidentin haben unterschiedliche Ansichten über eine «angemessene» Entlohnung. Sollte zu wenig Gehalt deklariert worden sein, fehlt dieses Geld auch in den Kassen der Sozialwerke.

VON DANIELA FRITZ

Mit der Ärztekammerpräsidentin Ruth Kranz-Candrian beschäftigt derzeit ein prominentes Beispiel die Gerichte mit der Frage, was ein «angemessenes Gehalt» im Rahmen einer Ärztesgesellschaft bedeutet. Während Kranz-Candrian für das strittige Jahr 2012 einen Jahreslohn von 195 000 Franken deklarierte, erzielte die AG einen Umsatz von 2,9 Millionen Franken und einen Gewinn von knapp 773 000 Franken. Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) bestätigte im März 2018 allerdings die Einschätzung der Steuerverwaltung, dass 589 600 Franken «angemessen» wären. Das Verfahren wurde gemäss den Aussagen des Rechtsanwalts der Ärztekammerpresiden-

tin an den Staatsgerichtshof (StGH) weitergezogen. Von Bedeutung ist das angegebene Gehalt von Ruth Kranz-Candrian auch deshalb, weil dadurch weniger Sozialabgaben anfallen würden. Der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert wollte daher in einer Kleinen Anfrage wissen, wie viel Geld den Sozialwerken und dem Staat entgangen wäre. Die Differenz zwischen dem von Kranz-Candrian für 2012 deklarierten und den von der Steuerverwaltung festgelegten Lohn betrug 394 000 Franken, rechnete Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini in der Beantwortung vor. Die Abgaben für AHV, IV, FAK und Verwaltungskosten seien 2012 auf rund 11,6 Prozent festgesetzt worden. Folglich wären den Sozialwerken 2012 rund 45 800 Franken entgangen, unter gleichen Voraussetzungen wären dies für die Jahre 2012 bis 2017 also 275 000 Franken.

Über die Höhe der Abgaben, welche dem Staat dadurch entgangen wären, konnte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini allerdings keine genaueren Angaben machen, da hier auch das deklarierte Vermögen, der Zivilstand und das gesamte Haushaltseinkommen eine Rolle bei der Bemessung spielen würden. Auf-

grund des Amts- und Steuergeheimnisses könnten in einem konkreten Einzelfall keine Zahlen veröffentlicht werden. «Grundsätzlich kann jedoch festgehalten werden, dass in der Regel die Sozialversicherungs- und Steuerabgaben tiefer ausfallen, wenn Erwerbseinkommen über eine Gesellschaft fakturiert werden anstatt als Selbstständigerwerbender und die entsprechenden Gehaltsbezüge deutlich darunterliegen», führte er aus. Sofern die Ärztekammerpräsidentin Steuern und Sozialabgaben in erheblichem Umfang umging, drohe ihr jedoch keine Sanktion. Sie müsse aber den eventuell geschuldeten Betrag sowie die Verfahrenskosten begleichen.

### «Extremer Einzelfall»

Dass eine Arztpraxis in Liechtenstein annähernd drei Millionen Franken generiere, sei ein «extremer Einzelfall», meinte Pedrazzini auf eine entsprechende Frage des Abgeordneten Lamperts. Die in der Krankenkassenstatistik anonym veröffentlichten Umsätze lägen in der Regel deutlich tiefer. So hätten OKP-Ärzte der Fachrichtung «Allgemeine Innere Medizin» beziehungsweise praktische Ärzte im Jahr 2017 einen durchschnittlichen Umsatz von



Lohn der Ärztekammerpräsidentin beschäftigt die obersten Gerichte

Das «Volksblatt» berichtete am 4. August über den strittigen Lohn der Ärztekammerpräsidentin. (Faksimile: VB)

800 000 Franken erzielt. Allerdings seien hier auch Mediziner mit Teilzeitpensen enthalten, zudem handle es sich nur um OKP-Leistungen. «Der Durchschnittsumsatz einer Vollzeitstelle inklusive Einnahmen aus Nicht-OKP-Leistungen wird daher deutlich höher sein», erklärte Pedrazzini. Mit einem Vollzeitpensum sollte es für OKP-Ärzte auch mit einem Taxpunktwert von 83 Rappen möglich sein, «ein sehr attraktives Einkommen» zu erzielen, meinte der Regierungsrat im Hinblick auf die Forderung der Ärztekammer nach einem höheren Taxpunktwert, nachdem im Kanton St. Gallen ähnliche Stimmen laut wurden.

### Fischsterben in Balzers

## Ein Biberdamm wirft Fragen auf

**BALZERS** Die anhaltende Hitze und ein Biberdamm sorgten im August dafür, dass der Oberaubach in Balzers auf rund 1,5 Kilometern autrocknete. Dies kostete run 1000 Fische das Leben. Der Damm wurde daraufhin entfernt. Der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler wollte anlässlich dessen nun von Regierungsrätin Dominique Gantenbein wissen, weshalb nicht früher gehandelt wurde und was getan werde, damit dies nicht wieder geschehe. Während der Trockenphase im Sommer seien die Wasserpegel der Fließgewässer gehäuft überprüft und ausgewertet worden, so die Ministerin. Eine solche Überwachung sei aber nicht flächendeckend und rund um die Uhr möglich. Zudem sei nicht vorauszusehen gewesen, dass der bereits länger bestehende Biberdamm in kürzester Zeit so weit wachsen würden, dass er das Wasser komplett stauete. Somit habe es vorab keinen Grund gegeben, den Damm zu entfernen. Auch da dies aufgrund der Lage im Naturschutzgebiet rechtlich problematisch gewesen wäre. Um dies in Zukunft zu verhindern, würden aktuell Massnahmen geprüft: Dazu z. B. gehöre das Einlegen eines Drainagerohres oder die Platzierung eines Elektrozaunes zur Begrenzung der Dammhöhe, so die Ministerin. (alb)